



JOHANNES GUTENBERG
UNIVERSITÄT MAINZ

Mainz und Frankfurt am Main, den 15. Dezember 2022

Medien plädieren überwiegend für Waffenlieferungen an die Ukraine und sehen die deutsche Regierung kritisch

Studie untersucht Berichterstattung der deutschen Leitmedien in den ersten Monaten des Ukraine-Krieges

Die meisten deutschen Leitmedien haben in den ersten drei Monaten des Ukraine-Krieges überwiegend für die Lieferung schwerer Waffen plädiert und diplomatische Verhandlungen als deutlich weniger sinnvoll charakterisiert. Zugleich war die Berichterstattung keineswegs regierungsfreundlich. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der Otto Brenner Stiftung geförderte Studie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU).

Sieben der acht in der Studie untersuchten Leitmedien beurteilten die Lieferung schwerer Waffen eindeutig als sinnvolle Maßnahme zur Beendigung des Krieges und waren zugleich deutlich skeptischer, was den Sinn diplomatischer Verhandlungen angeht. Nur beim Spiegel hielten sich positive und negative Einschätzungen zur Lieferung von schweren Waffen in etwa die Waage. Zugleich war der Spiegel das einzige untersuchte Medium, das diplomatische Verhandlungen eindeutig als sinnvoll bewertete. „Auch wenn die Berichterstattung nicht vollkommen einseitig war, überrascht die insgesamt starke Zustimmung zu Waffenlieferungen doch – vor allem vor dem Hintergrund vergleichbarer früherer Kriege, in denen deutsche Waffenlieferungen gar nicht zur Debatte standen“, beurteilt der Studienleiter Prof. Dr. Marcus Maurer, Professor am Institut für Publizistik der Universität Mainz, die Befunde.

Kriegsgeschehen, Ursachen und Folgen des Krieges stehen im Vordergrund der Berichte

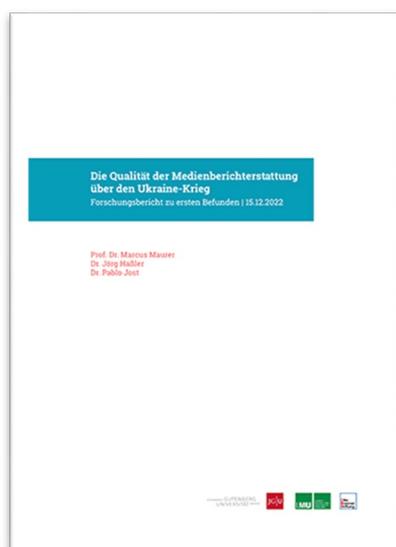
In thematischer Hinsicht war die Berichterstattung überwiegend auf das Kriegsgeschehen sowie auf Ursachen und Folgen des Krieges fokussiert, wobei die Verantwortung für den Krieg nahezu ausschließlich bei Russland gesehen wurde. Insgesamt waren die Berichte stark von deutschen politischen Akteuren dominiert. Dabei kamen Regierungsakteure etwa viermal häufiger vor als Oppositionsakteure.

Während die Bundesregierung und Kanzler Olaf Scholz in den untersuchten Leitmedien kurz nach Kriegsbeginn noch überwiegend positiv bewertet wurden, drehte sich die mediale Beurteilung im Verlauf des März zunehmend ins Negative. Vor allem Bild und Spiegel kritisierten die Bundesregierung und den Bundeskanzler stark. Die einzigen deutschen Politiker, die überwiegend positiv bewertet wurden, waren die grüne Ministerin Annalena Baerbock und ihr Parteikollege Robert Habeck, wobei Außenministerin Baerbock zudem positiver bewertet wurde als alle anderen erfassten Akteure. „Die Daten zeigen, dass die Berichterstattung keineswegs durchweg regierungsfreundlich war. In der Regel wurde die Regierung kritisiert – wenn auch nicht in allen Medien und zu allen Zeitpunkten gleichermaßen“, fasst Maurer die Befunde zusammen.

Für Jupp Legrand, Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung, liegt mit dieser breiten Material- und Datenanalyse erstmals eine solide Grundlage für die weitere Diskussion über die „Qualität der Medienberichterstattung“ zum russischen Angriffskrieg vor, die nicht auf persönlichen Eindrücken beruht oder auf individuellen Mutmaßungen fußt.

Die Studie wurde von Prof. Dr. Marcus Maurer, Dr. Pablo Jost (JGU) und Dr. Jörg Haßler (LMU München) durchgeführt. Analysiert wurden 4.292 Beiträge aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Süddeutschen Zeitung, der Bild, dem Spiegel, der Zeit sowie den Hauptnachrichtensendungen ARD Tagesschau, ZDF heute und RTL Aktuell im Zeitraum vom 24. Februar bis zum 31. Mai 2022 mithilfe der Methode der quantitativen Inhaltsanalyse.

Ein Forschungsbericht zu ersten Ergebnissen der Studie inklusive Grafiken ist verfügbar unter: www.otto-brenner-stiftung.de/Medienberichterstattung-Ukraine-Krieg



Kontakt:

Prof. Dr. Marcus Maurer

Lehr- und Forschungsbereich Politische
Kommunikation Institut für Publizistik
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
55099 Mainz

Tel.: +49 6131 39-29391

E-Mail: mmaurer@uni-mainz.de

Web: www.polkom.ifp.uni-mainz.de